

- | | | |
|----|--|---------------|
| 10 | Das Fest der Vielfalt muss sich verändern!
FDP-Fraktion (<i>int m. Ä. ang., HH ffd.</i>) | 1324/5 |
| 11 | Verringern von Plastiktüten für Obst & Gemüse
Bezirksverordnetenvorsteherin | 1473/5 |
| 12 | Pilotprojekt Auftragung von Speziallack gegen Anbringung von
Aufklebern und Graffiti
AfD-Fraktion (<i>BüDi m. ang., HH ffd.</i>) | 1551/5 |
| 13 | Verschiedenes | |
| 14 | Ggf. nicht öffentlicher Sitzungsteil
Bericht des Bezirksamtes über Verkäufe/Verkaufsabsichten von
Grundstücken und Immobilien | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Sell
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1454/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Das UCW - Unternehmerinnen Centrum West erfolgreich weiterführen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, der BVV ein Sanierungs- und Betreiberkonzept einschließlich Zeit- und Finanzierungsplan für das UCW vorzulegen.

Der BVV ist bis zum 31.05.2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1600/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Diversität auch in Publikationen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, bei bezirklich finanzierten und herausgegebenen Publikationen auf Diversität der Geschlechter und Kulturen zu achten. Gleichzeitig ist das Gendern von bezirklichen Publikationen als Muss anzusehen.

Ferner wird das Bezirksamt aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass diese Forderungen auch im Land Berlin umgesetzt werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

Viele Publikationen werden zwar in verschiedene Sprachen übersetzt, dabei wird allerdings nicht darauf geachtet, ob entsprechend auch Vielfältigkeit in den Publikationen beachtet wird. Menschen fühlen sich von Publikationen nicht angesprochen, die zwar in ihrer Muttersprache verfasst sind, deren Bilder aber nicht ihrer Realität entsprechen. In Zukunft soll darauf geachtet werden, dass Vielfalt Einzug hält in die bezirklichen Publikationen und auf eine gendergerechte Sprache geachtet wird. Das Bezirksamt soll ebenfalls den Senat aufmerksam machen, dass dies auch im Land beachtet wird.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1404/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Gemeinwohl-Ökonomie in Charlottenburg-Wilmersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, in einem Pilotprojekt nach Kriterien der Gemeinwohl-Ökonomie zu arbeiten, mit dem Ziel, eine Gemeinwohl-Bilanzierung zu erstellen.

Das Bezirksamt wird weiterhin beauftragt, über Informationsveranstaltungen das Thema Gemeinwohl-Ökonomie bei Unternehmen und Akteur*innen in Charlottenburg-Wilmersdorf bekannter zu machen. Ziel ist es, Unternehmer*innen als Vorbilder zu gewinnen, die in ihren Betrieben die Kriterien der Gemeinwohl-Ökonomie anwenden und eine Gemeinwohl-Bilanz entwickeln.

Um diese Aufgaben zu bündeln und die Prozesse zu begleiten, sollen Fördermittel zur Verfügung gestellt werden, etwa um externe Beratung zu finanzieren. In einem entsprechenden Fachbereich, etwa der Wirtschaftsförderung, soll das Thema verankert und koordiniert werden.

Begründung:

Schon in der Eingangsformel der 1995 beschlossenen Verfassung von Berlin wird der Wille bekräftigt, „Gemeinschaft und Wirtschaft demokratisch zu ordnen und dem Geist des sozialen Fortschritts (...) zu dienen“. Und in Artikel 31 werden „die Umwelt und die natürlichen Lebensgrundlagen (...) unter dem besonderen Schutz des Landes“ gestellt. Die Idee einer Wirtschaft, die auch dem Gemeinwohl dienen soll, ist gesetzlich somit tief verankert.

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist ein Wirtschaftsmodell, das sich nicht allein an der Gewinnorientierung eines Unternehmens orientiert, sondern Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Nutzen des Unternehmens in den Vordergrund stellt. Dabei geht es um Themen wie Transparenz, demokratische Mitentscheidung, Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit oder Solidarität. In Ergänzung zur fiskalen Bilanzierung stellt

ein Unternehmen, das nach den Kriterien der Gemeinwohl-Ökonomie arbeitet, eine so genannte Gemeinwohlbilanzierung auf. Im Mittelpunkt der Gemeinwohl-Bilanz stehen Werte wie Menschenwürde, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Transparenz sowie demokratische Mitbestimmung in Beziehung zu Anspruchsgruppen (Mitarbeiter, Lieferkette, Geldgeber, etc.).

(<https://www.ecogood.org/de/>)

Auf europäischer Ebene wurde das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) weiterempfohlen: Nach Auffassung des EWSA sollte das Gemeinwohl-Ökonomie-Modell sowohl in den europäischen als auch die einzelstaatlichen Rechtsrahmen integriert werden.

(<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52015IE2060>)

Die zunehmend kommunalwirtschaftliche praktische Relevanz des Gemeinwohl-Ökonomie-Modells, zeigt sich beispielsweise an der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart, in der bereits seit 2016 ein städtisches Programm aufgelegt wurde, um lokale Unternehmen für eine Gemeinwohl-Bilanzierung zu gewinnen. Darüber hat Stuttgart zudem selbst die Bilanzierung von 4 kommunalen Eigenbetrieben vorangetrieben.

(<https://www.stuttgart.de/item/show/659435/1>)

(<https://www.stuttgart.de/item/show/273273/1/9/614008>)

Indem die Verwaltung die Initiative ergreift, potenzielle Akteur*innen an einen Tisch zu bringen, sie über Gemeinwohl-Ökonomie zu informieren und für das Thema zu begeistern, kann sie den Anstoß geben für weitere eigenständige Aktivitäten. Miteinhergehen sollte die eigene Bestandsaufnahme in der Verwaltung auch im Sinne einer Vorbildfunktion für die Wirtschaft

Beides, externe wie interne Prozesse, sollen durch eine*n Gemeinwohlberater*in professionell begleitet und verstetigt werden. Mit dem gewonnenen Fachwissen kann sich Charlottenburg-Wilmersdorf als Vorbild etablieren und ggf. auch andere Berliner Bezirke langfristig zum Thema beraten und unterstützen. Zum anderen kann eine positive Bilanz als Marketinginstrument und zur Imagewerbung eingesetzt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Heyne/Rexrodt

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0443/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Haushaltsentwurf frühzeitig vorlegen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, den von der BVV zu beratenden und abschließend zu beschließenden Haushaltsentwurf des Bezirksamtes den Bezirksverordneten künftig mindestens 8 Wochen vor dem geplanten Abstimmungstermin in der BVV zur Verfügung zu stellen.

Weiterhin ist sicherzustellen, dass der Haushaltsentwurf des Bezirksamtes in jedem zuständigen Fachausschuss mindestens einmal behandelt wird.

Begründung:

Der Haushaltsentwurf des Bezirksamtes bedarf der umfassenden Erörterung im Haushaltsausschuss und in den zuständigen Fachausschüssen. Zumindest ein Regeldurchlauf durch die Fachausschüsse, die i. d. R. monatlich tagen, ist sicherzustellen, um eine ausreichend tiefe Befassung der Bezirksverordneten mit dem Haushaltsentwurf zu ermöglichen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Rexrodt

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1324/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Das Fest der Vielfalt muss sich verändern!

Die BVV möge beschließen:

,dass tiefgreifende Veränderungen beim Fest der Vielfalt stattfinden müssen:

1. Die anwesenden Träger sollen sich stärker präsentieren können.
2. Die anwesenden Träger sollen die Möglichkeit haben, Produkte zu verkaufen.
3. Die Informationszelle des Bezirkes sollen durch eine überdachte Bühne mit Lautsprechersystem ersetzt werden. Hier können sich Träger und auch Vereine sowie die Abteilungen des Bezirksamtes präsentieren. Sollten sich politische Akteure aller gewählten Parteien in der BVV vorstellen wollen, ist dies zu gewährleisten.
4. Auch Sportvereine sollen die Möglichkeit erhalten, sich zu präsentieren. Hierzu sollen alle Charlottenburg-Wilmersdorfer Sportvereine angeschrieben werden.
5. Die frühere Planungsgruppe soll zur Überarbeitung des Konzeptes wieder einberufen werden.

Sollte sich der Betreiber zu diesen Veränderungen nicht bereit erklären, sollte das Fest nicht mehr stattfinden.

Begründung:
Erfolgt mündlich

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Bezirksverordnetenvorsteherin

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1473/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Verringern von Plastiktüten für Obst & Gemüse

Die BVV möge beschließen:

Die BVV soll sich aufgrund des aktuellen ökonomischen und wirtschaftlichen Zustand für die Verringerung, bzw. Eliminierung von Plastiktüten (hauptsächlich Frischeprodukte) in Lebensmittelgeschäften einsetzen. In jenen Geschäften sollten Wiederbenutzbare Obstnetze zum Verkauf gestellt und mit denen gehandelt werden. Dies soll zum aktuellen Klimaschutz beitragen.

(Beschluss des Kinder- und Jugendparlaments)

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Dr. Seyfert / Bolsch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1551/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Pilotprojekt Auftragung von Speziallack gegen Anbringung von Aufklebern und Graffiti

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, in einem begrenzten Versuchsgebiet sämtliche Aufkleber, Graffiti und dergleichen von Laternen, Verteilerkästen, Straßengeländern, Fahrradbügeln usw. zu entfernen und diese mittels eines Pilotprojekts nach dem Vorbild der Städte Aachen und Döbeln gegen Verunreinigung und Bekleben zu sichern. Dies soll durch das Auftragen eines Speziallackes erfolgen, welcher oben genannte Beschädigungen dauerhaft verhindert.

Der BVV ist bis zum 30. September 2020 zu berichten

Begründung:

Nahezu jede Laterne, jede Bank und jedes Straßengeländer ist mit Aufklebern beklebt und wird dadurch als Informationsträger verschiedenster Themen zweckentfremdet. Graffiti, Aufkleber und sonstige Beschädigungen bewirken ein unansehnliches Erscheinungsbild, welches sich auf das Stadtbild auswirkt. Es kostet viel Geld und Arbeitszeit, die beklebten und verunreinigten Flächen zu säubern. Aus Erfahrung anderer Städte (genannt sei hier Döbeln) zeigt sich, dass sich die einmalige Investition bezahlt gemacht hat. Döbelns Ordnungsamtsleiter Jürgen Müller schreibt: „Aufkleber halten auf dem Lack entweder gar nicht erst oder lassen sich relativ mühelos entfernen.“ (Leipziger Volkszeitung, [02.07.2018](#))

Der einmalige zusätzliche Aufwand einer Extralackierung ist günstiger als eine turnusmäßige Reinigung. Laut Hersteller hält der Speziallack 5 Jahre problemlos alle Farb- und Aufkleberangriffe ab. Die Maßnahme sollte als Pilotprojekt gestartet werden und bei positivem Ergebnis auf weitere Gebiete des Bezirks ausgedehnt werden.